

Oskar Negt

Es fehlt eine »Arbeit der Zuspitzung«

Die Regionalkonferenzen als Diskussionsforen zum *Bremer Entwurf* eröffnen ein weites Spektrum der Auseinandersetzung mit dem Wirklichkeitsverständnis der SPD und den Werten, die Orientierungslinien für das politische Handeln markieren. Schon die erste dieser Konferenzen in Bremen am 11. März signalisierte ein Orientierungsbedürfnis, das Änderungen des Programmentwurfs in zweierlei Richtung setzte: Präzisierung der Gesellschaftsanalyse, die epochale Umbrüche zwar stichwortartig nennt, aber die innere Dynamik in der gegenwärtigen Form des Kapitalismus verschweigt. Über einer zerfaserten Wirklichkeitsbeschreibung erhebt sich zudem ein Wertehimmel, der nur schwer konkretes politisches Handeln anzuleiten vermag.

Je öfter ich den Text lese, desto stärker der Eindruck, dass die Verfasser viel Umsicht darauf gewendet haben, Wirklichkeitsanalyse und politische Positionen ausgewogen zu machen und alle Ecken und Kanten abzuschleifen. So klug es im Einzelnen sein mag, den Regierungspartner durch radikale Zuspitzungen nicht aufzuschrecken, so problematisch ist es für ein die Grundsätze alternativer Politik bestimmendes Programm. Für ein solches ist nichts tödlicher als Langleiwe.

Um es ohne Umschweife zu sagen: Dem ganzen *Bremer Entwurf* fehlt die *Arbeit der Zuspitzung*. Damit ist nicht eine wahrheitswidrige Übertreibung oder Radikalisierung gemeint, sondern die Notwendigkeit, die unterschlagene Wirklichkeit so kenntlich zu machen, dass die Widersprüche der Gesellschaft auch skandalisierbar sind. Diese »Arbeit der Zuspitzung« hatte Peter Glotz 1984 für die Programmatik der SPD angemahnt. Man kann dem *Bremer Entwurf* nicht den

Vorwurf machen, Wesentliches ausgelassen zu haben, aber er folgt methodisch dem Prinzip des Sowohl-als-auch. Auf diese Weise werden fast alle Probleme, die die Lebensverhältnisse der Menschen betreffen und nach Alternativen verlangen, entschärft. Das gilt für den Komplex der Globalisierung und der Arbeitsgesellschaft genauso wie für den der Bildung und Wirtschaftsdemokratie.

Ich habe mir die Grundsatzprogramme der SPD, mit dem Kompromissprogramm von Gotha 1875 beginnend, noch einmal angesehen und festgestellt, dass in ihrer Abfolge *eine* Gedankentendenz vorherrscht, jedenfalls seit dem Görlitzer von 1921, dem ersten in der Atmosphäre einer Regierungsbeteiligung: von der Partei allen traditionellen Ballast zu nehmen und sich in möglichst nahem Blickkontakt mit der wahrnehmbaren Realität zu bewegen. Als die SPD 1959 das *Godesberger Programm* verabschiedete, erklärte ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Heinrich Deist: Nunmehr habe die Sozialdemokratie den »Zwischenhandel mit Antiquitäten« eingestellt. Man spürt darin Stolz auf die Erneuerungs- und Verabschiedungsbereitschaft, nachdem sich neue Erfahrungsbarrieren zwischen Programm und Wirklichkeit geschoben haben. Diese in der SPD immer wieder anfallsweise auftauchenden Entmythologisierungsschübe, die sich als Vorschläge von Krisenlösungen präsentieren, provozieren die Frage, um welche Wirklichkeit es sich denn handelt, die man besser erkennen und wirksamer umgestalten will. Auch das Symbolspektrum der geschichtlich geprägten Sprache hat für Orientierungen, die über den Tellerrand des bloß Gegebenen hinausweisen, fundamentale Bedeutung, gerade für eine Partei, die mit *ihren* Wertedeklarationen das Macht- und Herrschaftssystem der beste-

henden Gesellschaft in Frage stellt. Wie eine Partei die gesellschaftliche Wirklichkeit hier und in der Welt in ihr Programm aufnimmt, davon hängt ihre Glaubwürdigkeit ab, die Verhältnisse zum Besseren verändern zu wollen.

Ein Grundsatzprogramm muss vor allem glaubwürdig sein. Wer z.B. vorgibt, Vollbeschäftigung herstellen zu können, ohne die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzutasten, der würde auf Realitätserfahrungen stoßen, welche selbst jene gemacht haben, welche von chronischer Arbeitslosigkeit *nicht* betroffen sind. Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass die über den Warenmarkt vermittelten Arbeitsplätze immer stärker schrumpfen. Soll also Erwerbsarbeit ein Identitätssiegel der Menschen bleiben, muss der Bereich der Gemeinwesenarbeit, die kollektiv finanziert wird, wachsen.

Das steht *nicht* im *Bremer Entwurf*. Überhaupt gewinnt man den Eindruck, dass die gegenwärtigen Krisen der Arbeitsgesellschaft durch Wirtschaftswachstum, mehr Bildung und weitergreifende Flexibilisierung der Lebensverhältnisse zustande kommen. An keinem Punkt ist davon die Rede, dass der verengte betriebswirtschaftliche Horizont des ökonomischen Denkens zur Fessel einer nachhaltigen Krisenbewältigung geworden ist. Wo die Gesellschaft zum Anhängsel des Marktes geworden ist, müsste die sozialdemokratische Leitlinie darin bestehen, gegen den grassierenden Privatisierungswahn Barrieren zu errichten und das Unverkäufliche bestimmter gesellschaftlicher Güter wieder ganz nach oben zu rücken. Das Wohlergehen einer Gesellschaft und ihr solidarischer Zusammenhalt hängen wesentlich davon ab, dass öffentliche Erfahrungsräume bewahrt werden, in denen Menschen ihre politische Urteilskraft entwickeln und üben können. Diese Seite des Gesellschaftlichen, des Kollektiven, der kommunikativen Vernunft ist im Entwurf viel zu wenig zum Ausdruck gebracht.

Die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen, lautete die Parole Helmut Schmidts, der die Sozialdemokraten vom Vorwurf des »Neidkomplexes« befreien wollte. Doch hat sich die Sache längst völlig verkehrt: Die Gewinne von heute sind die Arbeitslosen von morgen. Ein Systemdefekt, der im Grundsatzprogramm benannt werden müsste. Manche Formulierungen des Entwurfs rufen Erstaunen hervor. »Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern.« Das kann so nicht stehen bleiben. Noch vor 15 Jahren war der afrikanische Kontinent südlich der Sahara mit etwa acht Prozent am Welthandel beteiligt, inzwischen ist er auf 0,3 Prozent geschrumpft. Das ist nur ein einzelnes Beispiel. Ich will damit andeuten, dass die Brüche in dieser Form des Kapitalismus im Entwurf so übertüncht und geglättet erscheinen, dass die Alltagserfahrungen der Menschen überhaupt nicht vorkommen.

Wenn Erwerbsarbeit nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil des Selbstwertgefühls der Menschen ist, dann muss die Arbeitslosigkeit so benannt werden, wie sie von vielen empfunden wird: als Gewaltakt und Anschlag auf die Integrität des Menschen. Es ist zwar auch ein technisches Problem der Versorgung; doch reicht es bei weitem nicht aus, bedauernd festzustellen, dass die Menschen keine Arbeitsplätze für ihre ganze Lebenszeit mehr bekommen können, sich vielmehr auf zerrissene Arbeitsbiografien einlassen müssen. Wir sind gehalten, über die inneren Strukturen dieser Gesellschaft neu nachzudenken. Die *Zwei-Drittel-Gesellschaft*, wie sie Peter Glotz in den 80er Jahren benannt hat, existiert nicht mehr. Was Alain Touraine, der große französische Soziologe, beobachtet, gewinnt immer größere Plausibilität: Es vollziehe sich tendenziell eine Dreiteilung der Gesellschaft. Ein Drittel der Menschen ist

etabliert, hat privilegierte Einflusschancen, garantierte Arbeitsplätze, bewegt sich auf einem relativ hohen Lebensniveau. Im zweiten, wachsenden Drittel der Erwerbsbevölkerung bestehen fortwährend prekäre Lebensverhältnisse: mit Zeitverträgen, die nicht verlängert werden, in Arbeitsverhältnissen, die kaum zum Überleben ausreichen – ein sozialdarwinistischer Überlebenskampf, der in der Angst einen gefährlichen Rohstoff sammelt, welcher, wie wir aus der Geschichte wissen, nicht lange unbearbeitet bleiben kann. Das letzte Drittel ist die wachsende Armee der dauerhaft »Überflüssigen«, die für diese verengte Perspektive des Produktions- und Lebensprozesses nicht gebraucht werden.

Blasse Ergänzungen anstelle eines Gesellschaftsentwurfs

Der durchgängig optimistische Zug des *Bremer Entwurfs* mag für die politische Handlungsprogrammatische nützlich sein. Wenn aber die Alltagserfahrung der Menschen in eine andere Richtung geht, wenn sie die Zerrissenheit der individuellen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse als bedrückend erfahren, dann geht bereits in den analytischen Teilen ein Stück an Glaubwürdigkeit verloren. Wer sollte da noch Vertrauen in die Kraft und den Mut der Partei haben, die Gesellschaft an Haupt und Gliedern zu reformieren?

Ich weiß nicht, warum der Gesellschaftsentwurf eines demokratischen Sozialismus, der der Partei über mehr als hundert Jahre Orientierung und politische Identität verschafft hat, praktisch spurlos getilgt ist, um blassen Ergänzungsbegriffen Platz zu machen: dem »Vorsorgenden Sozialstaat« oder der »Sozialen Demokratie«. Nichts von dem, was als Idee des demokratischen Sozialismus bis zu Willy Brandt gedacht wurde, ist in der Realität erledigt oder moralisch so beschädigt, wie der »realexistierende Sozialismus« stalinistischer Prägung.

Darin enthalten ist Friedenspolitik, die Lösung der sozialen Frage, Gerechtigkeit und Teilhabe am politischen Prozess.

So hängen die neuen Orientierungssymbole sozialdemokratischer Politik etwas verloren in der Luft. Der Vorsorgende Sozialstaat (ist der bisherige nur nachsorgend gewesen?) soll die Lebensverhältnisse so beeinflussen, dass die Menschen ein autonomes und würdiges Leben führen können. Aber das würde heute einen gravierenden Eingriff in die Privilegienstrukturen der Gesellschaft, nicht zuletzt ein Aufbrechen des weitgehend intakten patriarchalischen Gefüges der Männerprivilegierung bedeuten. Darin bestand ja ein wesentliches Merkmal des demokratischen Sozialismus, dass Solidarität geübt wird gegenüber jenen, die sich selbst nicht helfen können, und gleichzeitig politische Macht eingesetzt wird, um alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen, wie der frühe Marx festgestellt hat, der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist.

Demokratischer Sozialismus war und ist das Gesamtkonzept einer Gesellschaft, die durch Werte wie Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Solidarität bestimmt ist. Es ist ein kulturelles Ganzes, durch das die einzelnen praktischen Schritte ihre Orientierung empfangen. Diesen Reformprozess hat Thomas Meyer 1991 treffend beschrieben: »Demokratischer Sozialismus, soviel ist heute unumstritten, ist ein sozialer Reformprozess in der Demokratie. Er verstand sich nie als Treibgut im Mahlstrom der Geschichte. Er ist offen, aber nicht ziellos.« Es ist eben diese Zielgerichtetheit, die aus der Wirklichkeitsfragmentierung herausführt und konkrete Motive des Handelns bewirkt.

Im Rahmen solcher Vorstellungen, die auf ein alternatives Ganzes gehen, hätte auch die Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie einen vernünftigen Platz. Es ist ein plötzlich aufblitzender Gedanke,

wenn auf Seite 43 des Entwurfs wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe in einem Zug genannt werden. »Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften verlangt wirtschaftliche Demokratie, soziale Teilhabe und eine zielführende politische Rahmensetzung. Wirtschaftliche Demokratie erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.« Aber was heißt hier schon »Wirtschaftliche Demokratie«? Heinz-J. Bontrup, Mitverfasser des Gegengutachtens zum Jahresbericht der Bundesregierung, hat jüngst dafür plädiert, die Frage der Wirtschaftsdemokratie wieder aufzugreifen und politisch zu aktualisieren; denn es sei immer unerträglicher zu sehen, wie die Werte erzeugenden Betriebsbelegschaften um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden.

Demokratie ist nicht teilbar, deshalb reicht die traditionelle, ohnehin bedrohte Mitbestimmung, auf die wirtschaftliche Demokratie im Programm reduziert ist, nicht aus. Wo über Menschenmassen autoritär, ohne demokratische Legitimation verfügt wird, wie jetzt in Konzernzentralen, da ist Demokratie insgesamt bedroht. Soziale Demokratie ist nur ein Teil des demokratischen Gebäudes; und es ist leicht missverständlich, wenn darauf sozialdemokratische Politik konzentriert sein sollte.

Zur Idee des demokratischen Sozialismus hat immer die Bildung gehört: politische Bildung, Entwicklung politischer Urteilskraft. Auch in diesem Abschnitt des Bremer Entwurfs fehlt die kritische Analyse der Veränderungen und Umorganisationen der Bildungssysteme. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass auch in die Schulen und Universitäten betriebswirtschaftliches Denken eindringt, dass Studiengänge in den Hochschulen das freie Studieren immer stärker beschneiden und *Just-in-time*-Anforderungen die Lernprozesse verkürzen. Der gute Wille, es anders

zu machen, ist zwar überall in diesem Abschnitt spürbar; aber kein Wort darüber, dass die Einführung von Studiengebühren eine neue soziale Selektion in den Zugängen zur Bildung bewirken wird, die gerade durch die sozialliberale Reform Ende der 60er Jahre mit der Forderung nach Bildung als Bürgerrecht abgeschafft wurde. Es wäre gut, die unrealisierten Reformprojekte dieser Periode in das Grundsatzzprogramm aufzunehmen. Es würde deutlich werden, dass Bildung (im umfassenden Sinne von politischer Bildung bis Berufsausbildung) für die SPD ein unverkäufliches öffentliches Gut ist, das durch Kommerzialisierung und betriebswirtschaftliche Verengung nicht beschädigt werden darf.

Der *Bremer Entwurf* muss noch an Präzision und Aussagekraft gewinnen. Ein gewisses Realitätspathos, das lebendige Auseinandersetzung provoziert, müsste darin spürbar sein. Authentische Begriffe der Linken wie soziale Gerechtigkeit und demokratischer Sozialismus dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Soziale Gerechtigkeit, in ihrem ganzen Umfang begriffen, bedeutet nichts weniger, als die Herstellung einer Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliches Handeln und die Imperative von Kapital und Markt in den Kulturzusammenhang menschlicher Zwecke zurückgenommen hat. Allerdings: Zum ersten Mal in der Geschichte kann man davon sprechen, dass die Gesellschaft und die darin handelnden Menschen Anhängsel von Kapital und Markt geworden sind. Es ist die geschichtlich fortwirkende Substanz des demokratischen Sozialismus, diese entwürdigende Abhängigkeit der Menschen aufzuheben. Das ist nicht antiquiert, vielmehr höchst aktuell.



Oskar Negt (*1934)
war bis zu seiner Emeritierung
2002 Professor für Soziologie an
der Universität Hannover.